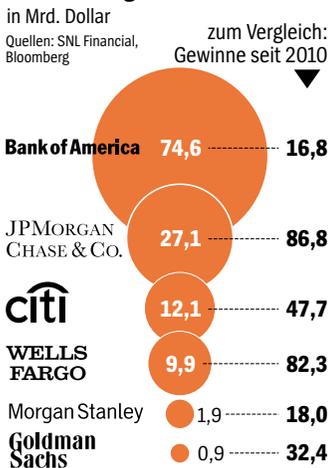


Finanzkrise US-Institute müssen bluten

Amerikas Banken kommt die Finanzkrise teuer zu stehen: Die sechs größten US-Geldhäuser mussten an Behörden und private Kläger wegen zweifelhafter Geschäfte bislang rund 127 Milliarden Dollar zahlen. Jetzt traf es die Bank of America: Sie stimmte einem Vergleich über 16,7 Milliarden Dollar zu, das entspricht ihren Gewinnen aus den vergangenen drei Jahren. Selbst die Deutsche Bank musste in den USA bereits 1,9 Milliarden Dollar für ihre Aktivitäten auf dem US-Immobilienmarkt zahlen. In Europa kommen die Geldhäuser sehr viel billiger davon. Die EU-Kommission verhängte gegen acht Finanz-

Strafzahlungen von US-Banken



institute wegen der Manipulation der Liborzinsen Geldbußen von 1,7 Milliarden Euro. „Zum einen ist die Rechtskultur in Europa anders“, erklärt Martin Hellmich, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, „zum anderen sind die hiesigen Banken noch sehr viel schwächer aufgestellt als in den USA. Ähnlich hohe Strafen würde ihre Risikotragfähigkeit massiv gefährden.“ Die US-Institute können die Rekordvergleiche wegstecken. Sie erwirtschafteten im zweiten Quartal mehr als 40 Milliarden Dollar Gewinn. ase

Europäische Union Teure Kommissare

Vier Kommissare aus der noch amtierenden EU-Kommission haben sich im Mai bei der Europawahl als Abgeordnete in das Europäische Parlament wählen lassen; sie haben ihr neues Amt bereits angetreten. Für die Zeit, bis eine neue Kommission am 1. November die Arbeit aufnimmt, werden sie ersetzt durch sogenannte Übergangskommissare, die in Brüssel für knapp vier Monate Arbeit jeweils rund 500 000 Euro kassieren können. Der Luxemburgerin Martine Reicherts, dem Polen Jacek Dominik, dem Italiener Ferdinando Nelli Feroci und dem Finnen Jyrki Katainen stehen vier Gehälter und sogenannte



Arbeiter bei Automontage

Residenzzulagen in Höhe von monatlich mindestens 24 000 Euro zu. Hinzu kommen Aufwandsentschädigungen für Einrichtungskosten, ein Monatsgehalt nach dem Ausscheiden sowie ab 65 ein Pensionsanspruch. Vergoldet wird der Abschied aus Brüssel durch die Zahlung von Übergangsgeldern, die bis zu 300 000 Euro pro Person betragen können. Der Finne Katainen wird allerdings das Übergangsgeld, das bis zum Antritt eines neuen Jobs gezahlt wird, wohl nicht in Anspruch nehmen. Er ist von seinem Land auch für die neue Kommission nominiert worden. pau

Pensionslasten Dax-Konzerne leiden unter Niedrigzinsen

Die letzte Zinssenkung der Europäischen Zentralbank trifft auch die deutsche Wirt-

schaft hart. Allein die Pensionsverpflichtungen in den Bilanzen der Dax-30-Unternehmen sind durch das Niedrigzinsumfeld seit Jahresanfang um 38 Milliarden Euro angeschwollen – auf insgesamt etwa 341 Milliarden Euro. Das hat das Beratungsunternehmen Mercer ausgerechnet. 2008, als die Zinsen noch höher waren, betrug die Summe lediglich 190 Milliarden Euro. „Das tut den Unternehmen schon weh“, sagt Thomas Hagemann, Chefaktuar von Mercer. Wenn die Zinsen auf den Märkten sinken, müssen Firmen mehr Geld einkalkulieren, um ihren Mitarbeitern bereits versprochene Betriebsrenten später auch wirklich finanzieren zu können. Im schlimmsten Fall können hohe Pensionsverpflichtungen zur Verschlechterung der Bonität führen und damit Kreditfinanzierungen verteuern. ase

Kommentar

Wirtschaft als Waffe

Es lässt sich darüber streiten, ob Deutschland aus politischen und moralischen Gründen Waffen in Krisengebiete exportieren soll, an die Kurden beispielsweise, um Schlimmeres zu verhindern. Man darf Rüstungsgüter aber nicht aus ökonomischen Gründen ausführen. Dafür gibt es keine wirtschaftlich tragfähige Rechtfertigung, auch wenn Politiker dies jetzt behaupten. Strenge Regeln für Exporte brächten „deutsche Arbeitsplätze in Gefahr“, sagt CSU-Chef Horst Seehofer. Dies ist das dünnste Argument.

Zum Wohlstand des Landes tragen viele Branchen bei – die Rüstungsindustrie kaum. Direkt bei ihr beschäftigt sind 98 000 Menschen. Allein das Windkraftgewerbe bietet mehr Arbeitsplätze (118 000), die Industrie insgesamt rund zehn Millionen. Nur wenige Firmen hängen vom Waffengeschäft ab. Selbst

Rheinmetall, bekannt für Panzer („Fuchs“, „Leopard 2“), erwirtschaftet nur die Hälfte des Umsatzes mit Militärgerät.

Das zweite Argument für großzügige Exporteregeln lautet: Es drohe sonst eine „Gefährdung der nationalen Sicherheit“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU behauptet dies. Wenn Firmen nicht ausführen dürften, wären sie wirtschaftlich zu schwach, um Waffen für die Bundeswehr zu entwickeln.

Doch eine nationale Rüstungsindustrie hat keine Zukunft. Beim „Eurofighter“ arbeiten Deutsche, Italiener, Spanier und Briten seit Jahren zusammen. Es ist dagegen Geldverschwendung, dass Deutschland für die Bundeswehr noch deutsche Panzer kauft und Frankreich für sein Militär französische. Krauss-Maffei Wegmann und sein französischer Konkurrent verhandeln nun über eine Kooperation. Andere Rüstungsfirmen werden dem folgen. Milliardeninvestitionen in neue Waffensysteme lassen sich so finanzieren – und nicht durch freizügige Exportgenehmigungen in Spannungsgebiete.

Dietmar Hawranek